

Die Bedeutung der Städte und ihre Einflussmöglichkeiten gegenüber dem Bund

Prof. Dr. Wolf Linder, Bern

Erster Teil:

Die Städte im föderalistischen System

Zur Bedeutung der Städte

- Demografisch: zwei Drittel der Bevölkerung
- Oekonomisch: vier Fünftel der Wertschöpfung des Landes
- Politisch:
 - In der Bundesverfassung vor 2000 nicht erwähnt
 - Im Gegensatz zu den ländlichen Gebieten: keine direkten Einflussmöglichkeiten der Städte über den Föderalismus (Standesinitiativen, Ständemehr)

Die Stärkung der Stellung der Städte in der neuen BV

- **Art. 50**
- 1 Die Gemeindeautonomie ist nach Massgabe des kantonalen Rechts gewährleistet.
- 2 Der Bund beachtet bei seinem Handeln die möglichen Auswirkungen auf die Gemeinden.
- 3 Er nimmt dabei Rücksicht auf die besondere Situation der Städte und der Agglomerationen sowie der Berggebiete

Die Einflussmöglichkeiten in der Bundespolitik heute

- Formelle Instrumente im Entscheidungsprozess des Bundes: Experten- und Vernehmlassungsverfahren, parlamentarisches Lobbying und – Initiativen, über Kantonsregierungen etc.
- Direkter Einfluss in den gemeinsamen Politiken von Bund, Kantonen und Gemeinden (Raumplanung, Verkehr, Infrastruktur etc.)
- Selbstorganisation (Städteverband, etc.)
- Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) als gemeinsame politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden seit 2001

Fazit: Die institutionelle Entwicklung des letzten Jahrzehnts ist charakterisiert durch

- Starke Aufwertung der Stellung der Städte im föderalen System
- Neue Formen der Zusammenarbeit der drei Ebenen (Tripartite Agglomerationskonferenz)
- Bestrebungen der Städte zur besseren Selbstkoordinierung und Verstärkung des Einflusses gegenüber dem Bund
- Ausweitung der Themen, die politisch als Anliegen der Städte gelten (Integrations- und Sozialpolitik)

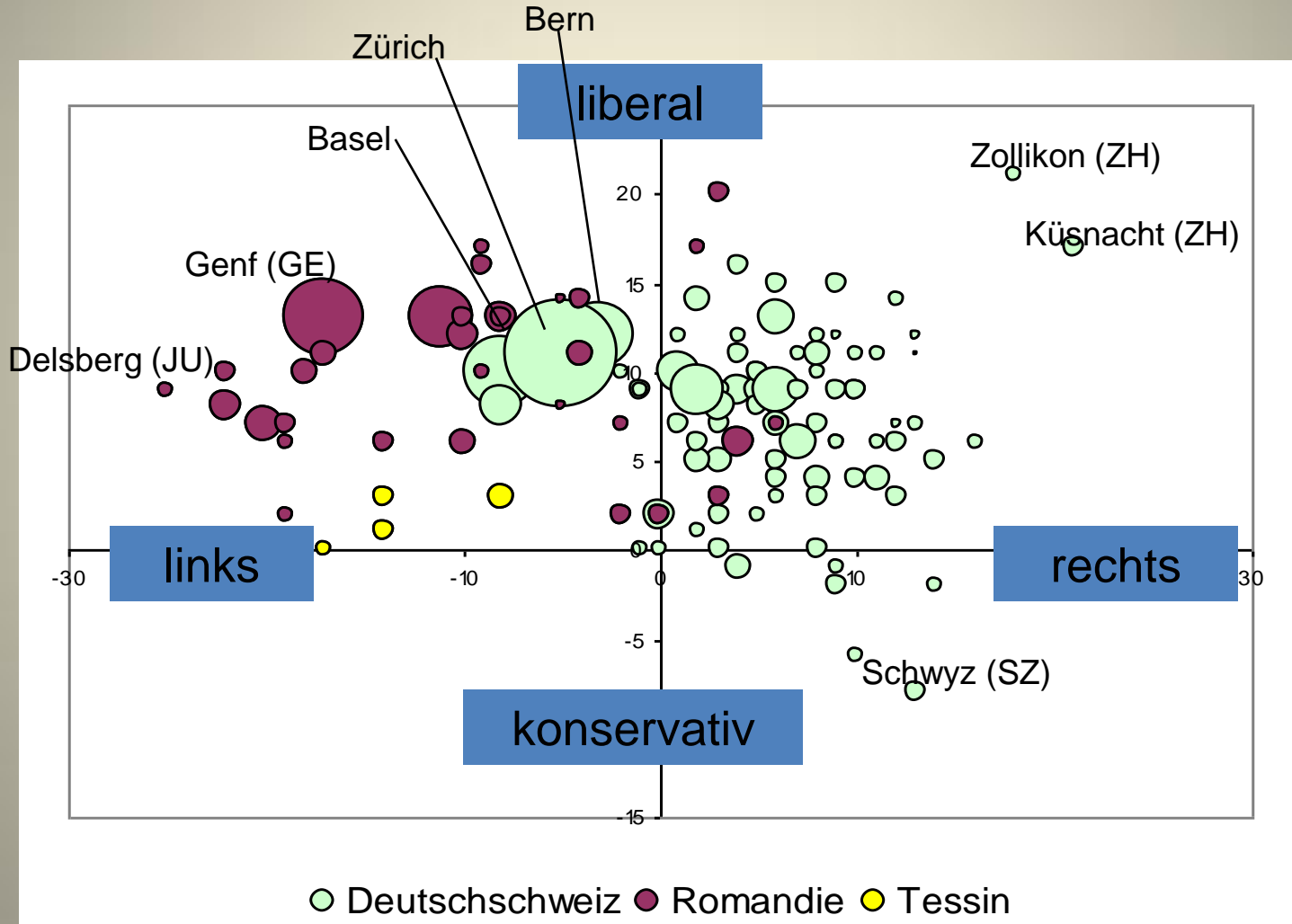
Zweiter Teil:

Thesen zur Reichweite städtischer Politik im Föderalismus

1. These: Es wird keine „nationale Städtepolitik“ geben. Gemeinsame Interessen der Städte und Agglomerationen sind begrenzt.

- Interessengegensätze zwischen kleineren und grösseren Städten
- Parteipolitische Gegensätze
- Kulturelle Gegensätze Romandie-Deutschschweiz
- Liberal-aussenbezogene urbane Werte sind heterogener als konservativ-nationale Werte ländlich geprägter Gesellschaft

Städte im Raum der Weltanschauungen

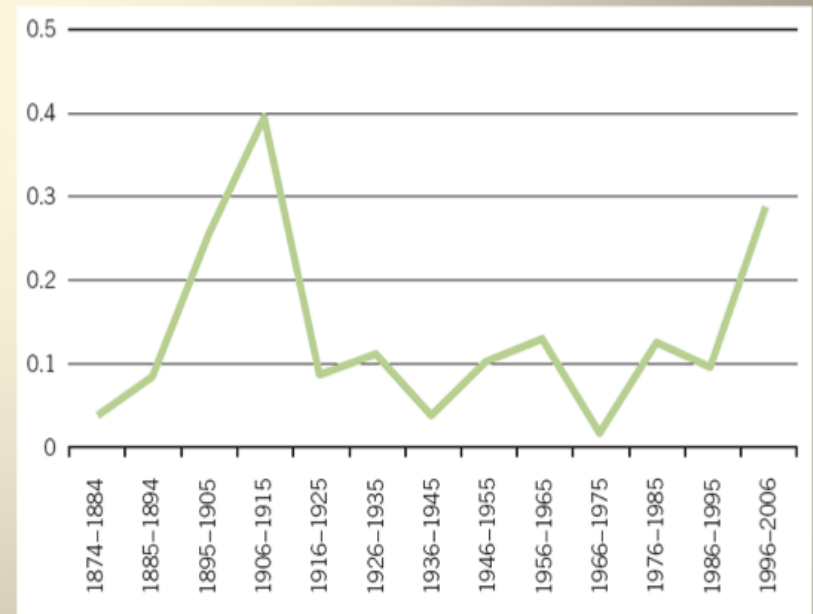
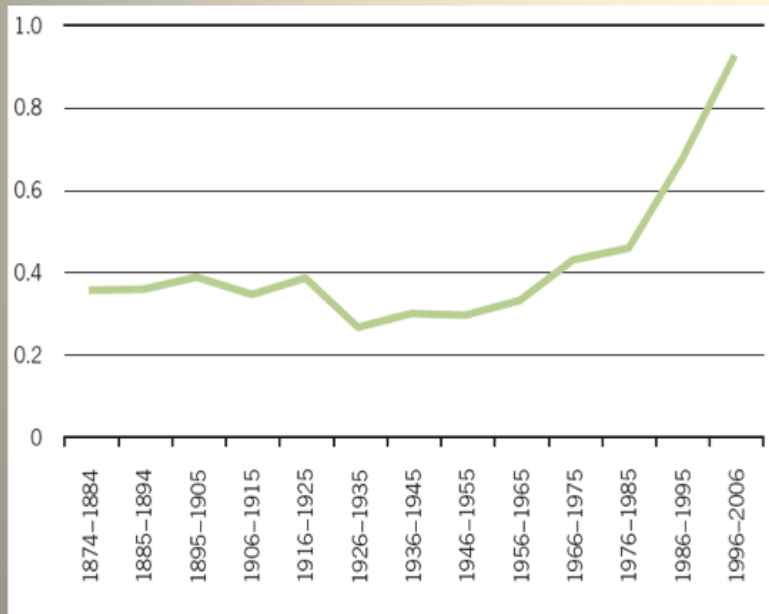


... die politischen Spaltungen in der schweizerischen Gesellschaft nehmen zu...

Stadt vs. Land

Kapital vs. Arbeit

(Polarisierung in Volksabstimmungen)



2. These: Geringe Chancen für Standesstimmen der Städte, oder: Warum eine Urnerin weiterhin 10 Stadt-Zürcherinnen überstimmen kann

- Dank des Ständemehrs haben die kleinsten 11,5 Kantone mit bloss 22 Prozent der Bevölkerung ein Veto gegen alle Entscheide des Bundes– grosse Städte sind ohne eigene Stimme
- Vorschläge aus den 1990ern: Standesinitiative für Städte (Geissmann 1994), Standesstimme für die grossen Städte (Y. Jaggi 1993): Zürich, Bern, Basel, Lausanne und Genf hätten 5 Standesstimmen von 28
- Geringe Chancen, denn: der Entscheid über einen solchen Vorschlag würde nach den jetzigen Föderalismusregeln getroffen....

3. (Gegen-)These: Die institutionellen Möglichkeiten einer „nationalen Städtepolitik“ sind noch keineswegs ausgeschöpft

- Institutionen wie die TAK sind noch relativ neu
- Globalisierungsdruck fördert Kooperationswilligkeit
- „Nationale“ Städte- oder Agglomerationspolitik hängt von der Artikulations- und Organisationsfähigkeit gemeinsamer Interessen der Städte ab. Sie lassen sich stark entwickeln.

4. These: Ungeachtet These 1 und 2 bleibt die Tripartite Agglomerationskonferenz ein chancenreiches Experiment

- Informelle Arena zur Vorbereitung gemeinsamer Aufgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden
- Chancen der Innovation, Beweglichkeit
- Ein neues Instrument des Föderalismus, generalisierbar
- Risiko: alle wollen alles koordinieren, Mangel an Fokussierung, geringe Umsetzung

5. These: Die Agglomeration ist der sozio- ökonomisch bedeutsamste Raum, aber immer noch unzureichend organisiert

- Seit einer Generation die gleichen Stadt-Umland-Probleme (Entwicklung, spill-overs etc.)
- Einzelne Aufgaben (z.B. Öffentlicher Verkehr) pragmatisch und effizient gelöst, in anderen jedoch:
- Unübersichtliche, undemokratische, schlecht kontrollierte Formen übergemeindlicher Zusammenarbeit

6. These: Die politische Organisation der Agglomeration bleibt eine vordringliche Aufgabe

- Kriterien: demokratisch, föderalistisch, freiwillig, variable Geometrie
- Demokratie für verbindliche Entscheidungen: Referendum, ev. Direktwahl
- Föderalistisch: doppeltes Quorum: Mehrheit der Gemeinden und der Stimmberechtigten
- Freiwillig: kein Beitrittszwang, aber Kooperationsvorteile exklusiv für Mitglieder
- Variable Geometrie: nicht alle müssen sich an allen Aufgaben beteiligen

7. These: Es braucht gesellschaftspolitische Ideen zur (schweizerischen) Städte Zukunft

- Vision Metropolitanraum Zürich: funktional-ökonomische Vernetzung unter Bedingungen der globalisierten Schweiz
- Aber: können Zürich, Basel und Genf konkurrieren mit London, Frankfurt und Singapore?
- Wenn Grösse und das Mitspielen in der ersten Liga der Weltmetropolen nicht zählen und das Bankgeheimnis ausgespielt hat– was ist dann die „unique selling proposition“ schweizerischer Städte?
- Etwa eine (einzigartige) Verbindung von Dienstleistungen-Oekologie-urbanem Milieu...und ländlich geprägter Kleingesellschaft?
- Stadtentwicklung ist Gesellschaftsentwicklung!

Literaturhinweise

- Michael Hermann und Heiri Leuthold, Der doppelte Gegensatz zwischen Stadt und Land. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Dimension einer politischen Konfliktlinie. In: NZZ, 14. September 2005.
- Heiri Leuthold, Die sozialräumliche Dynamik der urbanisierten Schweiz und ihre politikgeographische Dimension, Zürich 2006.
- Wolf Linder, Schweizerische Demokratie– Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern, Haupt 2005.
- Wolf Linder/Regula Zürcher/Christian Bolliger, Gespaltene Schweiz-geeinte Schweiz. Gesellschaftliche Spaltungen und Konkordanz bei den Volksabstimmungen seit 1874, Baden, Hier+Jetzt, 2008.
- Adrian Vatter/Fritz Sager, Föderalismusreform am Beispiel des Ständemehrs, in: Swiss Political Science Review 2(2): 1-200 (1996).